

müssen, sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten auseinandersetzen. Sofern der internationale Glaube an Europas Wirtschaftszukunft nicht noch stärker erschüttert werden soll, werden diese Fragen ohne die längst überlebte Blödsinnigkeit auf Siegerstaaten und besiegte Staaten reagiert werden müssen.

Der Konflikt in der Eisenindustrie

Mit der Ankündigung der Stilllegung ihrer Betriebe zum 1. Januar haben die Eisenindustriellen eine ganz bedeutende Verschärfung der Krise in der Eisenindustrie herbeigeführt. Der Konflikt ist jetzt mitten in das allgemeine Interesse getreten und hat zugleich hochpolitischen Charakter bekommen. Wird die Stilllegung wirklich durchgeführt, so wächst die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitssoldaten zum 1. Januar zunächst um mindestens 200.000 Mann, eine Zahl, die nach dem Aussehen der Eisenproduktion in kürzester Frist aus dem Bergbau und der weiterverarbeitenden Industrie eine weitere beträchtliche Steigerung erfahren dürfte.

Es ist selbstverständlich, daß keine Mühe gescheut werden darf, eine solche Entwicklung des Konfliktes zu verhindern. Zunächst wäre es natürlich Aufgabe der beiden unmittelbar beteiligten Parteien, im Verhandlungswege eine Einigung herbeizuführen, wenn diese auch durch den Schritt der Industriellen, der ganz selbstverständlich nicht geeignet ist, eine entgegenkommendere Haltung der Arbeitnehmer herbeizuführen, vielmehr deren gereizte Stimmung nur unnötig verärgern dürfte, erschwert werden ist.

Aber auch die Reichsregierung wird sowohl aus allgemeinen wie auch aus finanziellen Erwägungen heraus mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen versuchen. Noch im Laufe dieser Woche dürften Schlichtungsversuche eingeleitet werden, sobald nicht die direkten Verhandlungen zu einer Einigung führen; man darf annehmen, daß beide Parteien mit einer Vermittlung durch das Reichsarbeitsministerium einverstanden sein werden. Es sind zwar noch mehr als drei Wochen bis zum 1. Januar, aber in Anbetracht der Wichtigkeit der Angelegenheit ist es besser, so schnell wie möglich eine Lösung und damit die notwendige Beruhigung unserer ganzen Wirtschaft, die ja von dem Konflikt bis in ihre letzten Teile berührt wird, herbeizuführen. Sobald die Entscheidung über die Arbeitsverordnungen gefallen ist, ist die Klarheit geschaffen, um die löhnpolitische Frage zu lösen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß fernerseitig die Bestimmungen der Arbeitsverordnung in einem Gutachten des Reichswirtschaftsrates mit allen Stimmen, auch mit denen der Unternehmer, abgelehnt worden sind.

Der christliche Metallarbeiterverband hat im Hinblick auf die drohende Betriebsstilllegung an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wir halten uns verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß die Forderungen des christlichen Metallarbeiterverbandes klar erkennen lassen, daß es falsch ist, wenn die Industrie behauptet, die Gewerkschaften verlangten die Durchführung des schematischen Schlichtungstages für die gesamte eisenhaltende und eisenverarbeitende Industrie, vollen Lohnausgleich usw. Wir müssen Einspruch erheben gegen die Darstellung, deren sich die deutsche Großindustrie in ihrer Zuschrift vom 2. Dezember bedient. Die Änderung der Betriebsstilllegung ist erfolgt, bevor die eigentlichen Verhandlungen begonnen und bevor namentlich die Auswertungen unserer Vorschläge ausreichend geprüft worden sind. Wir bitten daher, das letztere occasions zu wollen.“

Berücksichtigung im saarländischen Eisenbahnerstreik

Saarbrücken, 3. Dezember. Der saarländische Eisenbahnerstreik hat sich schärfstens zugespitzt. Die Gewerkschaften beschließen, die letzten 3000 Arbeiter in den Betrieben belassenen Eisenbahnarbeiter heute abend herauszulassen. Das bedeutet die unausweichliche Betriebsstilllegung der Zolzbahnstrecke.

Demokratischer Wahlrechtsbeschluss

Der Reichsausschuss der Deutschen Demokratischen Partei trat am Sonntag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der der Parteivorsitzende Koch-Weser ausführlich über die innen- und außenpolitische Lage referierte. Zum Schluß der Tagung wurden einige Anträge angenommen, darunter einer, der sich für die Beseitigung der Todesstrafe im künftigen Strafgesetzbuch ausspricht. Ein zweiter Antrag beschäftigt sich mit der Wahlrechtsreform; er lautet: „An dem System der Listenwahl und den sonstigen Nachteilen der großen Wahlkreise nehmen immer weitere Kreise der Bevölkerung stärksten Anstoß; sie verlangen wieder Einzelkandidaten gegenüberzustellen. Diese Stimmung gefährdet, wenn ihr nicht Rechnung getragen wird, die Durchsetzung des Gedankens der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Der Parteiausschuss ersucht deshalb die Reichstagsfraktion, mit aller Energie für beschleunigte Durchführung einer Wahlrechtsreform auf Grund der unter dem Ministerium Kühl ausgearbeiteten Vorschläge sich einzusetzen.“

Der Wahlrechtsbeschluss der Demokraten entspricht zweifellos der allgemeinen Stimmung im Lande; er ruft die schon vor längerer Zeit eingebrachte Zentrumsinterpellation in Erinnerung, die Hipp und Har die Wahlrechtsreform als unbedingt notwendig forderte. Mit der Einbringung dieser Interpellation hat sich das Zentrum natürlich nicht begnügt, wenn auch hier und da, so auch in der „Frankfurter Zeitung“, derlei behauptet wurde. Im Gegenteil, gerade das Zentrum ist in dieser Angelegenheit, die auch den letzten Wähler angeht, außerordentlich rührig. Unter Führung des Oberregierungsrats Dr. Klöcker, einem ausgezeichneten Kenner der Wahlrechtsprobleme, unserer Lesern durch seine Artikelserie über diesen Fragenkreis bekannt, hat sich der vom Zentrum eingesehene Wahlrechtsausschuss eingehend mit einem Wahlrechts-Gesetzesentwurf befaßt, der bis auf einige unwesentliche Änderungen nunmehr fertiggestellt ist. Die Reform unseres geltenden Wahlrechtes ist eines der dringlichsten Gebote der gegenwärtigen deutschen Politik, eine der brennendsten Aufgaben der Gesetzgebung, und es ist gut, wenn immer wieder darauf hingewiesen wird.

Die Wirtschaftsnot der Grenzgebiete

Zentrums-Interpellationen im Reichstag — Die Leiden des Saargebietes

Berlin, 5. Dezember

Reichstagspräsident Lohé eröffnet die Sitzung mit einem Aufruf für den am Sonnabend einem Schlaganfall erlegenen sozialdemokratischen Abgeordneten Silberstein. Die Abgeordneten ehren das Andenken des Verstorbenen, dessen Platz mit einem Trauerkranz geschmückt ist, durch Erheben von den Sitzen. Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das deutsch-polnische Abkommen über den Zolltarif angenommen. Die Fortlage über die Verlängerung des Depot- und Depositionsgesetzes bis zum 31. 12. 1929 wird dem Volksrechtlichen Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung steht dann die Zentrums-Interpellation über die

Klage des Saargebietes

Ein kommunistischer Antrag auf Abweisung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung zugunsten einer Beratung betreffs Durchführung der Verordnung über das Dreischichten-System in der Schwerindustrie wird abgelehnt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weist darauf hin, daß über die gegen die Dreischichten-Verordnung gerichtete Eingabe mit den Industriellen bereits verhandelt worden sei. Das Reichsarbeitsministerium habe die Industriellen aufgefordert, die Vorbereitungen zur Durchführung der Verordnung nicht zu sistieren. Mit der dann folgenden Beratung der Interpellation über das Saargebiet wurden Interpellationen der Regierungsparteien über die Verkehrsfragen des Ostens und über die wirtschaftliche Notlage in der Pfalz und anderen belgischen Gebieten verbunden.

Hg. Sinn-Hagen (Ztr.):

Nach einem Bericht der maßgebenden Regierungsstellen sind in den letzten Jahren im Wirtschaftsgebiet 57 Industriebetriebe und zwei Bergwerke stillgelegt und damit insgesamt 11.000 Arbeitnehmer heilloslos geworden. Nach einer amtlichen Statistik betrug die Erwerbslosigkeit am 15. März 1927 im unbesetzten Gebiet 31,9 pro 1000 Einwohner, im besetzten Gebiet 37,2 pro 1000 Einwohner, in Lothar 37,9 pro 1000 Einwohner. Die Folge der Erwerbslosigkeit ist die Auswanderung der tüchtigsten Arbeitskräfte nach den benachbarten holländischen und belgischen Kohlenbezirken, in denen zuerst schon mehrere Tausend deutscher Bergarbeiter beschäftigt werden. Hauptursache der Verelendung ist die Grenznotlage, die Ursache des Absterbens. Der Bahnverkehr im Saargebiet ist seit 1913 auf etwa 50 Prozent zurückgegangen. Am schwersten geschlagen hat uns die Verringerung des Eisenbahntariffsystems, das tarifmäßig gedacht, das Saargebiet um 30 Kilometer vom Rheine fortgedrängt hat. Seit Jahr und Tag sind alle Saargebiet Wirtschaftskreise bemüht gewesen, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern. Eine Eingabe nach der anderen ist der Reichsbahnverwaltung überreicht worden. Versprochen hat die letztere viel, ihre Versprechungen hat sie indessen bis zum heutigen Tage nicht gehalten. Sie ist ja auch bezüglich des Anbaues der Eisenbahn an die Gebote der Behörde gebunden. Der Saargebiet Kohlenbezug wird heute schon nicht mehr konkurrenzfähig sein, wenn nicht der Bahn pro Schritt 1 Mark geringer wäre als im Ruhrgebiet. Die schwerste Gefährdung unserer Wirtschaftslage droht vom Auslande her.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

erklärt in seiner Antwort auf die Interpellation, die Reichsregierung verfolge mit Ausmaßarbeit und Sorge die Notlage im Saargebiet. Sie prüfe im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Beseitigung getroffen werden könnten. Die besondere Notlage der Wirtschaft im Saargebiet sei daraus zurückzuführen, daß die Eisenwerte dieses Bezirkes durch den Verkauf der Erztrage ihrer Kohlenhöfen herabgesetzt wurde. Weitere Schädigungen seien eingetreten durch die Besetzung und durch die Inflation in Frankreich und Belgien. Unter den Hilfsmaßnahmen, die erwohnen werden, stehen an erster Stelle verkehrspolitische und tarifliche Erleichterungen. Die Reichsregierung ist mit der Reichsbahnverwaltung in Verhandlungen getreten, sie hat auch im Sinne der Denkschrift des Reichsministeriums die Frage geprüft, ob und inwieweit ein weiterer Ausbau an

Wasserstraßen und Eisenbahnen vorgenommen und in welcher Weise auch im allgemeinen dem notleidenden Gebiet auf verkehrspolitischem Gebiet geholfen werden kann. Die Regierung wird von der Reichsbahn bestimmte Zusicherungen über die künftige Tarifhaltung im Sinne der allgemeinen Verminderung der Frachten im Saargebiet zu erreichen suchen. Der Minister schließt mit der Versicherung, daß die Regierung die Lösung dieser Fragen nach Möglichkeit beschleunigen werde.

Hg. Ehrhardt (Ztr.)

begründet hierauf die Interpellation über die Wasserstraßen- und Verkehrsfragen des Ostens. Für die Weiterführung des Mittellandkanals seien große Mittel bereitgestellt worden, aber die notwendigen Mittel für den Ausbau der Oderwasserstraße, des Rahnkanals und eines billigen Transportweges des Reichsbahn-Neuroder-Waldenburger Industrie- und Kohlenreviers seien nicht zur Verfügung gestellt worden. Dadurch würden große Wirtschaftskreise über- und niederschicksen konkurrenzunfähig gemacht und zum Erliegen gebracht werden. Die gefährdeten Wirtschaftskreise könnten sich nicht mit ihren Wünschen an die Reichsbahn abfinden lassen. Sie müßten verlangen, daß durch ein besonderes Gesetz diese Verkehrsfragen von Oestrichen bis Siedin geregelt wird.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

erklärt in Beantwortung der Interpellation, daß die Sorgen der schließlichen Wirtschaftskreise wegen der Beeinträchtigung der Abfuhr- und Weltverkehrswege Schiefens durch den Bau des Mittellandkanals bei der Reichsregierung volles Verständnis finden. Neben Regularisierungsarbeiten an der Ober- und unteren Oder sind die Maßnahmen der Weltverkehrswege Schiefens gehoben worden. Die erste Finanzlage des Reiches hat dazu geführt, daß an den Finanzplänen aller Ministerien erhebliche Kürzungen vorgenommen werden mußten, von denen auch der Mittellandkanal betroffen worden ist. Der Abschluß der Vorarbeiten für den Rahnkanal ist in nicht mehr ferner Zeit zu erwarten. Von dem Ergebnis dieser Vorarbeiten wird es abhängen, ob der Kanal als wirtschaftlich und baumäßig empfohlen werden kann. Die Arbeiten für den Ausbau des Oder-Spreeweg-Kanals werden voraussichtlich 1930 beendet sein. Nachdem sich die Finanzierung des für 1927 geplanten Reichsbahnbauprogramms bis jetzt noch nicht hat ermöglichen lassen, läßt sich jetzt noch nicht überlegen, ob Reichsmittel für den Bau im Waldenburger Industrie- und Kohlenrevier zur Verfügung gestellt werden können. Die Regierung ist sich jedoch der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Schiefens bewußt und erkennt durchaus ihre Pflicht an, diesem Schicksal des Deutschtums jede mögliche Unterstützung zu gewähren, und vor allem darauf zu achten, daß nicht irgendein Teil des Reiches benachteiligt wird.

Hg. Hofmann-Edwigschöten (Ztr.)

begründet dann eine vom Zentrum und der Saarländischen Volkspartei eingebrachte Interpellation, die sich mit der Notlage der Rheinpfalz beschäftigt. Seit neun Jahren leide die ferndeutsche Pfalz unter der französischen Besetzung, die sich als hemmender, niederdrückender Faktor im Wirtschafts- und Kulturleben erwies. 160.000 Hektar besten Ackerlandes seien von den Franzosen als Flugplätze in Anspruch genommen worden (höchstens 100.000 Hektar). Dazu komme die Abkürzung und der Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes durch die Saarfrage und durch den Verlust Elz-Lothringens. Besonders verheerend sei die Landwirtschaft, die kleine Schuh- und Holzindustrie. Die landwirtschaftlichen Kredite lössen angeht dieser Notlage verlängert werden. In der Pfalz treiben sich jetzt viele internationale Hausierer herum, die sich auf den Schutz der Besatzungstruppen berufen. Die pfälzische Wirtschaft littet die Regierung, sie von diesen Parasiten zu befreien. Bei der Neuorganisation der Besatzungsbefehlshaber sollten die bedrängten Beamten in der Pfalz gewährt werden. Die Besatzungsbefehlshaber sollten die bedrängten Beamten in der Pfalz gewährt werden. Die Besatzungsbefehlshaber sollten die bedrängten Beamten in der Pfalz gewährt werden.

Am 19. Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 16. Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht auch die Abstimmung über die Rüstungsanträge gegen die Reichsregierung.

Die Regierungsbildung in Braunschweig

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

In den neuen Landtag ziehen von 48 Abgeordneten ein: 24 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 2 Demokraten, 8 Volksparteier, 5 Deutschnationale, 4 Wirtschaftsparteier, 2 Haus- und Grundbesitzer und 1 Nationalsozialist. Die Sozialdemokraten wären also imstande, allein die Regierung zu bilden mit stillschweigender Unterstützung der Kommunisten oder der Demokraten. Voraussetzungsweise wird sie aber das nicht tun; auch mit den Kommunisten allein wird sie angesichts der langjährigen Lehren der Regierung nicht bilden, sondern voraussichtlich mit den Demokraten eine Koalition eingehen, wie sie vor drei Jahren bestand und von der die Nationalen nichts Gutes zu erwarten haben. Die bürgerliche Presse kündigt schon heute der neuen Regierung die schärfste Opposition an.

Studenteninterpellation am Mittwoch

Die Aussprache zu der Großen Anfrage der Deutschnationalen über die Verordnung des Kultusministers Dr. Becker über die Reorganisation des Studientariffs an den preussischen Hochschulen, die für Montag nachmittags angelegt war, ist auf Mittwoch vertagt worden. Der Grund liegt offenbar darin, daß die Aussprache zu dem Niederschichtenprogramm sich unerwartet lange ausgedehnt hat, so daß nicht genügend Zeit mehr blieb. Da am Dienstag der Antrag der Regierungsparteien zur Landgemeindevorbereitung beraten wird, soll die Besprechung der Interpellation der Deutschnationalen erst am Mittwoch stattfinden.

Jugendlicher Mörder

Frank, 5. Dezember.

In Bad Belesrad wurde der Uhrmacher Ferdinand Urmann in seinem Geschäft in einer großen Blutlage mit gepaltener Schüsselbedeckung verletzt aufgefunden. Urmann starb bald darauf. Die Untersuchung führte zur Verhaftung des vierzehnjährigen Lehrlings des Urmann, Stanislaus Lauchmann, der nach längerem Weigern gestand, seinen Meister mit der Axt erschlagen zu haben. Urmann habe von ihm für eine verdorbene Uhr Schadenersatz verlangt. Da seine Eltern vollkommen mittellos sind und er den notwendigen Betrag nicht habe aufbringen können, habe er den Beschluß gefaßt, seinen Meister zu ermorden.

Stalin gegen Kompromiß mit der Opposition

Moskau, 4. Dezember.

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands referierte Stalin in sechsstündigen Ausführungen über die Tätigkeit der Partei in den zwei Jahren seit dem 14. Parteitag. Stalin hob die Bemühungen der Sowjetunion um die Wahrung des Friedens im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern hervor und erklärte, daß die weitere Entwicklung unvermeidlich größte revolutionäre Erschütterungen herbeiführen werde. An Hand einer Reihe von Daten schilderte Stalin die Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion und betonte, daß die Sowjetunion durch das Tempo dieser Entwicklung jedes kapitalistische Land weit überholt habe. Innenpolitische Fragen berührend, legte Stalin den sozialistischen Charakter und die Formen der innerparteilichen Führung dar und betonte: Zusammen mit der Partei wächst und entwickelt sich kulturell auch das Proletariat. Auf die Frage der Opposition eingehend, erklärte Stalin: Wenn man früher noch fragen konnte, worin die Differenzen zwischen der Opposition und der Partei bestanden, so muß man jetzt die Frage so stellen: Wo ist es auch nur einen Punkt, worin die Opposition mit der Partei einverstanden ist? Man sagt, daß die Opposition beabsichtige, dem Parteitag eine Erklärung zu überreichen, worin sie ihre Bereitschaft auszusprechen werde, sich den Parteibeschlüssen zu unterwerfen und ihre Fraktion aufzulösen und in der sie, ohne sich von ihren politischen Anschauungen loszusagen, versprochen werde, diese nur im Rahmen des Parteistatuts zu vertreten. Unter dem Beifall des Parteitages erklärte Stalin: Daraus wird nichts; wenn die Opposition in der Partei bleiben will, muß sie das und ganz sowohl ideologisch als organisatorisch abrufen und ehrlich vor der gesamten Partei und der Arbeiterklasse ihre Fehler eingestehen. Entweder tut die Opposition dies oder sie mag sich eine andere Partei suchen. Das Referat Stalins wurde vom Parteitag mit gespanntester Aufmerksamkeit und mit großem Beifall entgegengenommen.

Erdbeben in Nordwest-Äthiopien

Socraja (Jawa), 4. Dezember.

Meldungen aus Menabo zufolge ereigneten sich im Gebiete von Dongala (Nordwest-Äthiopien) heftige Erdstöße. In Dongala, Paloo und Biromaroc stürzten mehrere Häuser ein. In der Paloo-Bai richtete eine Springflut große Verwüstungen an: 14 Personen wurden getötet und 60 verletzt.